

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 25

vom 28. Juni 2013

Redaktion: Katja Richardt

Soziales

Mehr Plätze für Flüchtlinge und Wohnungslose 2

Gesundheit und Verbraucherschutz

Jugendliche greifen später zu Suchtmitteln 5

Pflegebedürftigkeit muss klar definiert sein..... 7

Schule, Jugend und Berufsbildung

50 Jahre Elysée-Vertrag Deutsch-französische Bildungskonferenz „Recteurstreffen“ 9

Umwelt

Wohldorfer Wald verdoppelt 12

Masterplan Klimaschutz: Hamburg spielt weiterhin vorne mit 14

Wissenschaft und Forschung

Siegerentwurf „Neubauten MIN-Forum und Informatik“ am Campus Bundesstraße steht fest 16

Wirtschaft und Verkehr

Zukunftsfähiges Gewerbeflächenmanagement..... 19

S-Bahn Hamburg bekommt Zuschlag für den Verkehrsvertrag..... 21

Kultur

S-Bahn Hamburg bekommt Zuschlag für den Verkehrsvertrag..... 23

Kultur

Staatsarchiv veröffentlicht Auswandererlisten der Jahrgänge 1850-1914 im Internet 25

GeoPortal zeigt Hamburgs Denkmäler übersichtlich im Internet 27

Zur Information

Terminkalender 28

25. Juni 2013/basfi-bis25

Mehr Plätze für Flüchtlinge und Wohnungslose

Unterbringung und Betreuung werden weiter deutlich ausgebaut

Da immer mehr Zuwanderer in die Hansestadt kommen, will der Hamburger Senat deutlich mehr Geld in deren Unterbringung und Betreuung investieren. Er ersucht die Bürgerschaft, die hierfür notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen. Die mit dem Ausbau verbundenen Mehrkosten belaufen sich auf rund 25,5 Millionen Euro im Jahr 2013 und rund 45,7 Millionen Euro im Jahr 2014.

In der Erstaufnahme von Flüchtlingen werden zusätzliche Plätze benötigt. Und auch deren Folgeunterbringung (in der Regel drei Monate später) muss ausgebaut werden. Deshalb hat die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) bereits Ende 2011 begonnen, die Unterbringungskapazitäten zu erhöhen. Dieses Vorhaben wird nun noch einmal zusätzlich verstärkt. Für die Jahre 2013 und 2014 ist ein Ausbau um insgesamt 1.900 Plätze vorgesehen. Bei voller Auslastung der neuen Kapazitäten werden Ende 2014 rund 10.200 Plätze in der öffentlichen Unterbringung belegt sein. Diese stehen dann denjenigen Flüchtlingen und Wohnungslosen zur Verfügung, die einen Rechtsanspruch auf Unterbringung haben. (Hinweis: Zugereiste Menschen aus sicheren Drittstaaten der EU zählen nicht dazu.)

„Wir arbeiten weiterhin mit Hochdruck daran, neue Standorte mit mehr Plätzen für Wohnungslose und Flüchtlinge zu schaffen“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Denn nur dann sind wir in der Lage, diese Menschen nach der Erstaufnahme zu versorgen. Die vorhandenen Unterkünfte haben ihre Kapazitätsgrenzen längst erreicht. Deshalb sind wir nach wie vor mit allen Bezirken im Gespräch.“

Innensenator Michael Neumann sagt: „Ich freue mich, dass es mit der tatkräftigen Unterstützung aller Beteiligten gelungen ist, trotz des starken Anstiegs der Asylbewerberzahlen Lösungen zu erarbeiten, die auch weiterhin eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der schutzsuchenden Menschen in Hamburg sicherstellen.“

Die wichtigsten Maßnahmen im Einzelnen:

- Die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) der Behörde für Inneres und Sport wird ausgebaut. Es soll eine Grundkapazität von 450 Plätzen in festen Bauten vorgehalten werden. Darüber hinaus wird eine Zusatzkapazität von bis zu 400 Plätzen geschaffen, um den regelmäßig auftretenden, vorübergehenden Spitzen bei den Zugangszahlen zu begegnen. Diese Zusatzkapazität wird aus

Gründen der Wirtschaftlichkeit in Form von Containerunterkünften insbesondere in der Schnackenburgallee geschaffen, um dem schwankenden Bedarf Rechnung zu tragen. Der Mehrbedarf der Behörde für Inneres und Sport beträgt 2013 dafür 6,3 Mio. Euro sowie im kommenden Jahr 11,7 Mio. Euro. Die Zentrale Erstaufnahme wird durch Erhöhung der Kapazität am Standort Sportallee erweitert. Die Kapazität von 200 Plätzen in der Wohnaußenstelle Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern bleibt erhalten.

- In der Folgeunterbringung durch die BASFI müssen die vorhandenen Kapazitäten ebenfalls deutlich ausgebaut werden. Gemäß der Prognose sind in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt 1.900 neue Plätze für Zuwanderer und Wohnungslose in der öffentlichen Unterbringung zu schaffen. Hierdurch entstehen Investitionskosten für Neu- und Umbauvorhaben in Höhe von 14,6 Mio. Euro im Jahre 2013 und in Höhe von 26,8 Mio. Euro im Jahre 2014. Außerdem steigen die Betriebskosten im Jahr 2013 um 1,3 Mio. Euro und auf 2,7 Mio. Euro im Jahr 2014.
- Mehr Personal in den Schulen: Damit die Kinder von Flüchtlingen während ihrer Zeit in der Erstaufnahme unterrichtet werden können, kommen von August 2013 an zwei weitere Lerngruppen mit zwei Lehrkräften hinzu. Hierfür entstehen Kosten in Höhe von 277.000 Euro im Jahr 2013 und 390.000 Euro im Jahr 2014.
- Mehr Personal in den Bezirksverwaltungen: In den Grundsicherungs-, Jugend-, Einwohner- und Gesundheitsämtern werden insgesamt zehn neue Stellen geschaffen. Davon profitieren vor allem Asylbewerber, die den größten Anteil der Flüchtlinge ausmachen. Der Senat stellt für diese Maßnahmen im Jahr 2013 269.000 Euro und im Jahr 2014 537.000 Euro zur Verfügung.
- Mehr Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit: Wohnungslose Familien brauchen mehr Angebote in der begleitenden Kinder- und Jugendarbeit. Deshalb baut der Hamburger Senat dieses Angebot für 150.000 Euro im Jahr aus.
- Die Kapazität in der Übernachtungsstätte „Frauenzimmer“ wird ebenfalls erhöht. Hierfür entstehen Kosten in Höhe von 76.000 Euro jährlich.
- In der Übernachtungsstätte „Pik As“ soll durchgehend ein Drei-Schicht-Betrieb ermöglicht und die Kapazität erhöht werden. Hierfür entstehen Kosten in Höhe von 381.000 Euro jährlich. Außerdem soll dort eine halbe Stelle in der Sozialarbeit auf Dauer finanziert werden, hierfür entstehen Kosten in Höhe von 22.000 Euro jährlich.
- Das städtische Unternehmen fördern & wohnen (Anstalt öffentlichen Rechts) erhält 19 Vollkräfte zusätzlich, hierfür entstehen Kosten in Höhe von einer Million Euro im Jahr 2013 und 2014 in Höhe von 1,18 Mio. Euro.
- Das Projekt PLATA und die Anlaufstelle für obdachlose EU-Bürgerinnen und -Bürger aus Osteuropa werden organisatorisch zusammengelegt. Hierfür entstehen Kosten in Höhe von 68.000 Euro im Jahr 2013 sowie in Höhe von 154.000 Euro im Jahr 2014.
- Für das Gesamtkonzept der Wohnungslosenhilfe in Hamburg werden zur Finanzierung erster Maßnahmen Kosten in Höhe von 26.000 Euro 2013 und 2014 101.000 Euro bereitgestellt. Auch für eventuell nötige Kälteschutzmaßnahmen im Rahmen des Winternotprogramms 2013/14 wird eine Zusatzinvestition vorgehalten.

Hintergrundinformation: Steigende Zuwandererzahlen

Die Freie und Hansestadt Hamburg verzeichnet derzeit einen anhaltend starken Zugang von Zuwanderern. Bundesweit wurden im Jahr 2012 rund 64.500 Asylersanträge gestellt. Das sind rund 18.800 Anträge mehr als im Jahr 2011 - eine Steigerung um etwa 41 Prozent, die sich auch in den Zuwanderungszahlen der Freien und Hansestadt Hamburg widerspiegelt. Nach kurzzeitigem Rückgang der Zahlen im Dezember 2012 sind die Zuwanderungszahlen im Jahr 2013 weiterhin hoch. Sie werden voraussichtlich deutlich über dem Niveau des Vorjahres liegen. Das Asylverfahrensgesetz verpflichtet den Hamburger Senat, Zuwanderer zunächst in der Regel für drei Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung unterzubringen. Anschließend leben die Zuwanderer in einer Gemeinschaftsunterkunft der öffentlichen Unterbringung, die auch von wohnungslosen Menschen genutzt wird. Durch die stark gestiegene Zahl von Zuwanderern gibt es in der Zentralen Erstaufnahme (ZEA) und in den Gemeinschaftsunterkünften der Folgeunterbringung einen Engpass an Unterbringungsplätzen.

Rückfragen der Medien

Olaf Dittmann

Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Tel.: +49 42863 – 2889

pressestelle@basfi.hamburg.de

Frank Reschreiter

Pressestelle der Behörde für Inneres und Sport

Tel.: +49 42839 – 2673

pressestelle@bis.hamburg.de

25. Juni 2013/bgv25

Jugendliche greifen später zu Suchtmitteln

SCHULBUS: Älter beim ersten Trinken, Rauchen und Kiffen – Cannabiskonsum steigt – Konsumverhalten von Mädchen und Jungen nähert sich an

Die Ergebnisse der Schüler- und Lehrerbefragungen zum Umgang mit Suchtmitteln (SCHULBUS) aus 2012 zeigen sowohl positive als auch negative Entwicklungen. Während die Jugendlichen erst mit höherem Alter zu Alkohol, Tabak und Cannabis greifen und der Anteil derer, die jemals im Leben Alkohol und Tabak konsumiert haben, abnimmt, geben mehr Jugendliche zu, Cannabis genommen zu haben. Dabei ist unter den Jugendlichen, die regelmäßig Tabak rauchen, der Anteil von Cannabiskonsumtinnen und -konsumenten besonders hoch. Die Befragung zeigt auch, dass die Unterschiede im Konsumverhalten bei männlichen und weiblichen Jugendlichen weiter abnehmen und auch bei Mädchen der problematische Cannabiskonsum zunimmt. Der Suchtmittelkonsum unter Jugendlichen ist dabei in allen gesellschaftlichen Schichten verbreitet und in den sozial besser gestellten Stadtteilen stärker ausgeprägt.

„Das höhere Einstiegsalter und der Rückgang des Konsums von Alkohol und Tabak sind gute Nachrichten. Allerdings müssen wir jeglichen Verharmlosungstendenzen bei Cannabis entgegen wirken, denn gerade bei Jüngeren können die gesundheitlichen Schäden verheerend sein. Wir werden deshalb in Hamburg speziell für Jugendliche und die Aufklärung von Eltern eine Anti-Cannabis-Kampagne starten“ so **Gesundheitsministerin Cornelia Prüfer-Storcks**.

Für Hamburg liegen mit der vom Büro für Suchtprävention der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e.V. nun zum fünften Mal wiederholten Befragung aktuelle Daten zur hiesigen Verbreitung des Suchtmittelgebrauchs und seiner Veränderungen bei Jugendlichen von 14 bis 17 Jahren vor.

Theo Baumgärtner, Autor der Studie und Leiter des Büros für Suchtprävention: „Das Durchschnittsalter der ersten Erfahrungen im Umgang mit Alkohol ist seit 2004 kontinuierlich angestiegen. Ähnlich ist die Entwicklung beim Rauchen und bei Cannabis. Auch hier steigen die Jugendlichen später in den Konsum ein. Eine positive Entwicklung, an der abzulesen ist, dass unsere vielfältigen Aktivitäten zur Aufklärung offensichtlich Früchte tragen. Dies ist ein wichtiger Erfolg, denn wir wissen, mit einem früheren Einstieg steigt ebenso wie mit einem regelmäßigen Konsum die Gefahr eines späteren Missbrauchs.“

Einzelne Ergebnisse: Alkohol

Das Alter der Jugendlichen, die erstmals Alkohol konsumieren, steigt an. Im Vergleich zu den Vorjahren greifen weniger der 14 bis 15-Jährigen zum Alkohol. Bei den 16 bis 17-Jährigen stagniert die Entwicklung. Beim so genannten „Binge-Drinking“, d.h. dem Genuss von fünf oder mehr Gläsern bei einer Gelegenheit, gibt allerdings aktuell etwa ein Drittel der Jugendlichen an, dies einmal monatlich zu betreiben. 2007 war es nur ein Viertel der Jugendlichen. Zwar sind die Zahlen der Binge-Drinker bei Jungen höher, jedoch passen sich die Mädchen dem Konsumverhalten der männlichen Altersgenossen an.

Tabak

Bei keinem anderen Suchtmittel lassen sich derartig positive Veränderungen im Konsumverhalten ausmachen wie beim Tabak. Waren es Mitte der 2000er Jahre noch 70 Prozent der 14 bis 17jährigen, die mindestens einmal in ihrem Leben geraucht haben, so gaben 2012 nur noch 50 Prozent diese Erfahrung zu. Allerdings ist nun der Anteil der Jugendlichen, die in den vergangenen 30 Tagen geraucht haben, wieder angestiegen.

Cannabis

Der Anteil der Jugendlichen, die mindestens einmal in ihrem Leben Haschisch und/oder Marihuana probiert haben, ist seit 2007 von 23 Prozent auf nunmehr 29 Prozent gestiegen. Allerdings liegt der Wert noch deutlich unter denen von 2004 (38 Prozent) und 2005 (35 Prozent). Am stärksten zugenommen hat der Anteil der Befragten mit Cannabis-Erfahrung bei den 16 bis 17-Jährigen Jugendlichen.

Andere illegale Drogen

Im Vergleich zu den bisher genannten Suchtmitteln spielen illegale Drogen bei Jugendlichen eine untergeordnete Rolle. Aufgrund des erhöhten Risikopotenzials von Rauschmitteln wie zum Beispiel Ecstasy, LSD oder Kokain fallen die gesundheitlichen Konsumfolgen und die bestehenden Suchtgefahren aber sehr stark ins Gewicht.

Bei der Analyse der Lebenszeit-Prävalenz der verschiedenen Suchtmittel zeigt sich, dass der Höchststand der Mitte der 2000er Jahre erreicht wurde (10 Prozent), sich bis 2009 mehr als halbiert hatte (4 Prozent) und 2012 aber wieder angestiegen ist (7 Prozent).

„Suchtprävention ist nicht allein von der Politik oder staatlichen Institutionen zu leisten“ so **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**. „Eltern, Familienangehörige und Freunde leben etwas vor, was das Wertesystem und das Konsumverhalten der Kinder und Jugendlichen beeinflusst. Dagegen können Schule oder Jugendhilfe nur schwer ankommen. Das muss jedem einzelnen klar sein. Suchtprävention ist und bleibt ein gesamtgesellschaftliches Thema.“

Der zusammenfassende Überblick über die epidemiologische Entwicklung mit weiteren Details steht als PDF-Datei ab 25. Juni, 14 Uhr unter www.sucht-hamburg.de zur Verfügung.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz; Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332 E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de Im Internet: www.hamburg.de/bgv	Büro für Suchtprävention der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen e.V.; Theo Baumgärtner; Tel.: 284 99 18 0 E-Mail: bfs@sucht-hamburg.de Im Internet: www.sucht-hamburg.de
---	---

27. Juni 2013/bgv27

Pflegebedürftigkeit muss klar definiert sein

Senatorin Prüfer-Storcks begrüßt Pflegebedürftigkeitsbegriff im Bericht des Pflegebeirates der Bundesregierung, vermisst aber Angaben zu Leistungshöhen

Der Pflegebeirat der Bundesregierung hat Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr heute seinen „Bericht zum Pflegebedürftigkeitsbegriff“ vorgelegt. Danach können mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und den darauf aufbauenden Begutachtungsverfahren die Einstufung und der Leistungszugang für die Pflegebedürftigen deutlich verbessert werden. Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks begrüßt die Verbesserungen, insbesondere beim Pflegebedürftigkeitsbegriff, vermisst aber die fehlenden klaren Vorgaben zu künftigen Leistungshöhen in der Pflegeversicherung.

„Die Empfehlungen des Expertenbeirats bestätigen, dass nur mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und einem neuem Begutachtungsverfahren eine Gleichbehandlung aller Pflegebedürftigen erreicht werden kann. Unterschiedliche Begutachtungen und Einstufungen von somatisch, kognitiv oder psychisch beeinträchtigten Pflegebedürftigen können damit überwunden werden. Im Vordergrund stünde zukünftig der Grad der Selbstständigkeit und die damit verbundene Abhängigkeit von personeller Hilfe“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**. „Bereits 2009 hat der Expertenbeirat die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs empfohlen. Der aktuelle Bericht macht nun deutlich, dass durch die Untätigkeit der Bundesregierung vier Jahre auf Kosten der Pflegebedürftigen vergeudet wurden. Auch die geringfügigen Leistungsverbesserungen für Demenzkranke, die das Pflege-Neuausrichtungsgesetz seit Jahresbeginn vorsieht, täuschen nicht darüber hinweg. Vor allem, da es sich lediglich um Übergangsregelungen handelt, deren Finanzierung nur bis Ende 2015 gewährleistet ist.“

Durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff werden Pflegebedürftige in fünf Pflegegraden, nicht wie bisher in drei, eingestuft. Nach Auffassung des Expertenbeirats erfordert dies auch eine Anpassung der Leistungshöhen, die für den jeweiligen Pflegegrad vom Gesetzgeber zu regeln sind. Hinzu kommt die Festlegung der Leistungsinhalte, die von den Pflegebedürftigen in Anspruch genommen werden können. Zwar hat der Expertenbeirat unter anderem zu den Leistungsinhalten der ambulanten Sachleistung, zur Gestaltung der Leistungshöhen, zur Spreizung der Leistungsbeträge und zum Verhältnis von ambulanter zu stationärer Pflege Empfehlungen ausgesprochen. Aber konkrete Vorgaben fehlen. Weiterhin bedarf es nach Auffassung des Expertenbeirats einer Anpassung der Grundlagen des Vertrags- und Vergütungsrechts für die Vertragspartner (Pflegekassen und Pflegedienste) der Pflegeleistungen.

„Die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist mit umfassenden rechtlichen Änderungen verbunden. Konkrete Vorgaben zu Leistungshöhen fehlen aber im Bericht, so dass gerade für Demenzkranke keine Planungssicherheit gegeben ist. Hier hätte ich mir mehr Klarheit gewünscht. Aber scheinbar hat die stetige Weigerung von Bundesminister Bahr Finanzeckpunkte zu definieren, doch gewisse Früchte getragen“, so **Senatorin Prüfer-Storcks** weiter. „Die Empfehlungen des Expertenbeirats sollten auch deshalb umgehend geprüft werden, damit sie schnell und in geeigneter Weise Eingang in die Pflegeversicherung finden. Dabei ist aus meiner Sicht dafür zu sorgen, dass die entstandenen ehrenamtlichen und niedrighwelligen Betreuungsangebote erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden können. Dies dient unter anderem auch der Entlastung der vielen pflegenden Angehörigen.“

Da die Pflegeversicherung ein Teilleistungssystem zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit ist, hat der Expertenbeirat sich auch mit dem Verhältnis der Leistungen der Pflegeversicherung zu anderen Sozialleistungssystemen (Krankenversicherung, Eingliederungshilfe, Sozialhilfe) und mit Übergangs- mit Bestandschutzregelungen für die Pflegebedürftigen befasst und hierzu ebenfalls Empfehlungen ausgesprochen. **Senatorin Prüfer-Storcks**: „Die finanziellen Auswirkungen, die mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und einer damit verbundenen neuen Ausgestaltung des Leistungsrechts verbunden sind, müssen genau betrachtet und berechnet werden. Dies gilt gleichermaßen für die finanziellen Auswirkungen auf andere Sozialleistungssysteme.“ Die Gesundheitssenatorin spricht sich für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung auch in der Pflege und für eine nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Pflege aus. Nur so lassen sich Mehrkosten, die mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs verbunden sein können und insbesondere durch die demografische Entwicklung zu erwarten sind, finanzieren.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

27. Juni 2013/bsb27

50 Jahre Elysée-Vertrag

Deutsch-französische Bildungskonferenz „Recteurstreffen“

Senator Rabe: Französische Sprache und Kultur haben an Hamburgs Schulen große Bedeutung

Aus Anlass des 50. Jahrestages des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages („Elysée-Vertrag“) tagen in Hamburg deutsche Kultusministerinnen und Kultusminister mit dem französischen Bildungsminister und den Recteurs d’Académie beim so genannten „Recteurs-Treffen“. Der französische Bildungsminister Peillon, die Bevollmächtigte der Bundesregierung für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen Kramp-Karrenbauer, KMK-Präsident Dorgerloh und Hamburgs Schulsenator Rabe zogen dabei Bilanz der kulturellen Zusammenarbeit und insbesondere der Bedeutung der beiden Sprachen im jeweils anderen Land.

Schulsenator Ties Rabe: „Die französische Sprache und Kultur haben an Hamburgs Schulen große Bedeutung. Ein Drittel der Schülerinnen und Schüler lernen ab Klasse 7 Französisch, in der Studienstufe sind es sogar zwei Drittel. Im Moment bestehen 60 Schulpartnerschaften, die eine sehr lebendige Austauscharbeit leisten. Ich freue mich sehr, dass außergewöhnlich viele französische Akademie-Direktoren, Vertreter der französischen Bildungsverwaltung und deutsche Kultusminister nach Hamburg gekommen sind.“

Gemeinsame Erklärung zum Recteurstreffen

Die künftige Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bildungsbereich zwischen Ländern und Académies stand im Mittelpunkt des fünften „Recteurs-Treffens“, das am 27. Juni 2013 im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg stattfand. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages („Elyséevertrag“) in diesem Jahr luden die Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit, die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, und der Präsident der Kultusministerkonferenz, Herr Minister

Stephan Dorgerloh, die deutschen Kultusministerinnen und Kultusminister zu einer Zusammenkunft mit dem französischen Bildungsminister Vincent Peillon und den Recteurs d'Académie (oberste Schulaufsichtsbeamte in Frankreich) ein.

Die enge Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträgern im Schulbereich geht auf die im Rahmen des deutsch-französischen Ministerrates im Oktober 2004 verabschiedete „Strategie zur Förderung der Partnersprache“ (Saarbrücker Sprachenplan) zurück. Seit diesem Zeitpunkt finden diese Treffen wechselweise in Deutschland und in Frankreich statt.

Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Minister Dorgerloh, erklärte: „Unsere heutige Zusammenkunft hat erneut deutlich gemacht, dass die zahlreichen gemeinschaftlichen Projekte zwischen Ländern und Académies in den letzten Jahren erheblich zu einer weiteren Privilegierung der Partnersprachen Deutsch und Französisch in beiden Ländern beigetragen haben. Die vielfältigen Angebote zum Erlernen der deutschen und der französischen Sprache in Deutschland und Frankreich bieten Schülerinnen und Schülern die Chance, ihre sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen zu steigern und im Rahmen internationaler Studiengänge wirkungsvoll einzusetzen. Dies ist eine sehr positive Bilanz im ‚Elyséejahr‘.“

Die Bevollmächtigte für die deutsch-französischen kulturellen Beziehungen, Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer, erklärte: „Ein weiterer Bereich, der unseres Engagements für die Zukunft bedarf, ist die Sprachförderung und der Austausch in der beruflichen Bildung. Ich hoffe, dass die den Anforderungen von Wirtschaft und Auszubildenden angepassten erfolgreichen Austauschprogramme des Deutsch-Französischen Sekretariats für die berufliche Bildung noch stärker nachgefragt werden. Auch die bevorstehende Eröffnung eines ersten deutsch-französischen „Lycée professionnel“ auf dem Gelände des Aérocampus von Latresne in der Akademie Bordeaux ist ein innovatives Projekt deutsch-französischer Zusammenarbeit.“

Der französische Bildungsminister, Vincent Peillon, begrüßte in diesem Zusammenhang ein besonders innovatives Vorhaben der deutsch-französischen Zusammenarbeit, und zwar die für September 2013 geplante Eröffnung eines ersten deutsch-französischen Berufsschulzweiges auf dem Aérocampus von Latresne im Bezirk der „Académie de Bordeaux“. Er begrüßte ebenfalls die Vielfalt und hervorragende Qualität der in den „Académies“ und Ländern während des deutsch-französischen Jubiläumsjahres umgesetzten Projekte, in die tausende von Schülern eingebunden waren. Darüber hinaus unterstrich der Minister die stark auf Europa gerichtete deutsch-französische Zusammenarbeit im schulischen Bereich.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Andreas Schmitz, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (0228) 501 611

Mobil: (0151) 16254177

E-Mail: andreas.schmitz@kmk.org, Internet: www.kmk.org

**Büro der Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland
für die deutsch-französischen kulturellen Beziehungen**

Thorsten Klein, Regierungssprecher

Pressestelle der Staatskanzlei

Tel. (0681) 501 1126

E-Mail: presse@staatskanzlei.saarland.de, Internet: www.saarland.de

25. Juni 2013/bsu25

Wohldorfer Wald verdoppelt **Naturschutzgebiet im Norden Wandsbeks wächst von 134 auf 278 ha**

Mit der Erweiterung des Naturschutzgebiets „Wohldorfer Wald“ steht künftig einer von Hamburgs ältesten Wäldern mit vielen seltenen Pflanzen und Tieren vollständig unter Schutz. Der „Bodenlehrpfad“ und der „historisch-ökologische Erlebnispfad“ sind genauso zugänglich wie zuvor.

Das Naturschutzgebiet (NSG) Wohldorfer Wald im Bezirk Wandsbek ist ab sofort 278 ha groß. Damit wurde seine ursprüngliche Fläche von 134 ha mehr als verdoppelt. Diese Ausweitung um 144 ha hat mehrere Ziele: Geschützt werden wertvolle Biotope wie „Hainsimsen-Buchenwälder“, „Waldmeister-Buchenwälder“ und „Erlen-Eschen- und Weichholzauenwälder“. Außerdem ist die Erweiterungsfläche Verbindungsachse zwischen den beiden anderen Hamburger Naturschutzgebieten „Rodenbeker Quellental“ weiter südwestlich und „Duvenstedter Brook“ weiter nordöstlich sowie - länderübergreifend - auch noch zu den Naturschutzgebieten „Ammersbek-Niederung“ und „Hansdorfer Brook“ in Schleswig Holstein. Damit fügen sich die zusätzlich geschützten 144 ha Wohldorfer Wald in einen 1.800 ha großen Biotopverbund im Nordosten Hamburgs ein. Für ganz Hamburg gesehen, stehen nun rund 8,9 % der Landesfläche unter Naturschutz; bundesweit weiterhin der höchste Wert.

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „Der Wohldorfer Wald ist der größte zusammenhängende Laubwald in Hamburg. Als obendrein einer unserer ältesten Wälder hat er große Bedeutung für das Vorkommen seltener und geschützter Tier- und Pflanzenarten. Die wichtige umweltpädagogische Arbeit geht im Erweiterungsteil des Naturschutzgebiets uneingeschränkt weiter: Zum Bodenlehrpfad und „historisch-ökologischen Erlebnispfad“ sind Schulkassen und Besucher genauso willkommen wie vorher.“

Allein im Erweiterungsteil des NSG wurden zehn von 14 in Hamburg vorkommenden Fledermausarten nachgewiesen, mehr als in allen anderen Waldgebieten Hamburgs. Die alten, vermodernden Bäume sind Lebensraum für holzbewohnende Käfer. Viele der dort gefundenen Arten sind andernorts stark gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Vier Käferarten sind „Urwaldrelikt-Arten“, die nur in sehr alten Wäldern vorkommen. Es wurde sogar eine Käferart wiedergefunden, die für Hamburg und Schleswig-Holstein über 100 Jahre als verschollen galt. Seltene Waldvogelarten wie Waldlaubsänger, Mönchsgrasmücke, Gartenbaumläufer, Misteldrossel, Rotkehlchen, Mittel- und Schwarzspecht sowie Hohltaube sind im Wohldorfer Wald häufig. Um seltenen, totholz-bewohnenden

Tier-, Pilz- und Pflanzenarten gute Lebensbedingungen zu bieten, werden im NSG Gruppen alter Bäume („Altholzinseln“) und Horst-, Höhlen- und totholzreiche Bäume („Biotopbäume“) besonders geschützt und gefördert.

Der Pressemitteilung sind eine Karte des erweiterten NSG und eine Liste aller Hamburger Naturschutzgebiete beigefügt. Fotos zum Wohldorfer Wald finden Sie unter <http://www.hamburg.de/bsu/presse-bsu/>.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Volker Dumann (040)428.40-32 49,
volker.dumann@bsu.hamburg.de

25. Juni 2013/bsu25a

Masterplan Klimaschutz: Hamburg spielt weiterhin vorne mit

Ab sofort ist der **Masterplan Klimaschutz** in Kraft. Er folgt auf das von 2007 bis 2012 befristete **Hamburger Klimaschutzkonzept** und wird vom **Aktionsplan Anpassung an den Klimawandel** flankiert.

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „Mit dem „Masterplan“ setzt Hamburg Klimaschutz konsequent fort. Wir haben dazu das frühere „Hamburger Klimaschutzkonzept“ auf Herz und Nieren geprüft. Wir führen solche Maßnahmen weiter oder werden solche Maßnahmen starten, die besonders CO₂-effektiv sind. Das heißt, sie sollen besonders viel CO₂ einsparen, besonders wirtschaftlich sein, dabei soziale Belange einbeziehen und das Potenzial zu Pilotprojekten mit Chance auf Markteinführung bieten. Wesentliche Handlungsfelder sind Energie, Industrie, Gewerbe, Hafen und Gebäude. Wir wollen, dass Klimaschutzbelange auf Dauer selbstverständlicher Bestandteil der Politik in Hamburg und der alltäglichen Arbeit aller Behörden werden. Unser Ziel ist, dass Hamburg weiterhin vorn im Klimaschutz mitspielt.“

Der **Masterplan Klimaschutz** zeigt eine Perspektive bis 2050 auf, die es ermöglicht, das CO₂-Minderungsziel von 80% schrittweise zu erreichen. Für den Streckenabschnitt bis 2020 werden die in Hamburg zu ergreifenden, realisierbaren Maßnahmen genannt. Im Rahmen bis 2020 liegen im Bereich Energie z.B. die Energiepolitische Kooperationsvereinbarung der Stadt mit Vattenfall und E.ON Hanse, der Neubau und das Repowering von Windkraftanlagen sowie der Bau und Betrieb von 180 zusätzlichen Blockheizkraftwerken. Im Bereich Industrie, Gewerbe und Hafen werden die Selbstverpflichtung der Industrie zur Umsetzung von CO₂-Minderungen und das Programm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ weitergeführt. Neu dazu kommt die „Energiekooperation Hamburger Hafen“, mit der die energetische Neuausrichtung des Hafens vorangebracht wird. Für den Gebäudebereich gibt es zahlreiche Förderprogramme für energetische Maßnahmen bei Wohn- und Nichtwohngebäuden. Bei der Auswahl der Maßnahmen wurde streng auf Kosteneffizienz geachtet.

Strategische Weichenstellungen des Masterplans bis 2050 sind u.a.: ein umfassendes Grundstoffrecycling in Industrie und Gewerbe, die Etablierung des „Lebenszyklus“-Ansatzes im Gebäudebereich (Ökobilanz, Verwendung nachhaltiger Baustoffe, Langfristigkeit) und die „Systemintegration Erneuerbarer Energien“ (z.B. Austauschmöglichkeiten zwischen Strom-, Gas- und Fernwärmenetzen, um die Schwankungen von Solar- und Windenergie auszugleichen).

Durch den Masterplan Klimaschutz sollen durch die bis dahin umgesetzten Maßnahmen von 2020 an rund 2 Mio. t CO₂ pro Jahr eingespart werden. Pro Jahr wird der Masterplan mit 17,6 Mio. € finanziert (13,4 Mio. € aus einem eigenen Titel, 4,2 Mio. € aus Titeln der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt). Dazu rechnen muss man grundsätzlich auch noch Ausgaben anderer Behörden, die erhebliche Klimaschutzwirkungen haben (z.B. das Bus-Modernisierungsprogramm der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation).

Das **Hamburger Klimaschutzkonzept** von 2007 bis 2012 hat sein Ziel erreicht: In diesem Zeitraum wurden die ebenfalls geplanten 2 Mio. t CO₂-Einsparung geschafft. In den fünf Jahren Laufzeit standen insgesamt rund 118,5 Mio. € zur Verfügung. Davon wurden 115,5 Mio. € (fast 98 %) ausgegeben, die restlichen rund 3 Mio. € gehen jetzt in die Umsetzung von Projekten des Masterplans Klimaschutz.

Der **Aktionsplan Anpassung an den Klimawandel** listet für 2013 und 2014 rund 40 Maßnahmen aus den Bereichen Gesundheit, Stadtentwicklung, Küsten- und Binnenhochwasserschutz, Wasserwirtschaft und Naturschutz auf. Im Bereich Gesundheit geht es u.a. um Hitze-Notfallpläne und Meldepläne für neue Infektionskrankheiten, im Bereich Stadtentwicklung u.a. um „Kaltluftschneisen“ und ein Konzept zur Klimatauglichkeit der Hamburger Straßenbäume, im Bereich Hochwasserschutz u.a. um die Erhöhung von Deichen und mehr Rückhaltebecken für Regenwasser und im Bereich Naturschutz um den Aufbau eines Biotopverbundsystems für Hamburg.

Weitere ausgewählte Projektbeispiele aus dem Masterplan Klimaschutz und dem Aktionsplan Anpassung an den Klimawandel:

Masterplan

- Förderprogramm zur Steigerung der Koppelung von Wärme- und Stromproduktion
- Optimierung der Abfallwirtschaft unter dem Aspekt des Klimaschutzes („Recycling-Offensive“)
- Förderprogramm „Energetische Modernisierung von Mietwohnungen“
- Förderprogramm „Energetische Optimierung von Klimaanlage“
- Umsetzung von Klimaschutzplänen an Schulen

Aktionsplan

- Anpassung der privaten Hochwasserschutzanlagen an die neuen Sicherheitsstandards der öffentlichen Deiche
- Erstellung von Hochwassergefahrenkarten im Zeichen des Klimawandels
- Grundwassermanagementkonzept mit Grundwasserströmungsmodell für die Region Hamburg
- Katastrophenschutzplanung bei Stromausfällen und etwaige Reststromverteilung

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Volker Dumann
(040)428.40-32 49
volker.dumann@bsu.hamburg.de.

28. Juni 2013/bwf28

Siegerentwurf „Neubauten MIN-Forum und Informatik“ am Campus Bundesstraße steht fest

Senat investiert in neue Gebäude für die Fakultät Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften der Universität Hamburg

Die Planung für die „Neubauten MIN-Forum und Informatik“ im Zuge der baulichen Modernisierung der Universität Hamburg am Campus Bundesstraße schreitet weiter voran. Im Oktober 2012 hatte ein Preisgericht aus den eingereichten Wettbewerbsbeiträgen drei Preisträger ausgewählt. Den Empfehlungen des Preisgerichts folgend wurden die Preisträger aufgefordert, ihre Entwürfe im Hinblick auf Funktionalität, Fassadengestaltung und Einhaltung des Kostenrahmens zu optimieren. Im Rahmen eines Verfahrens zur Auftragsvergabe (sog. VOF-Verfahren nach der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen) hat ein Fachgremium jetzt die Entscheidung über die neuen Gebäude für die Fakultät Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften getroffen.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**, Oberbaudirektor **Prof. Jörn Walter**, der Präsident der Universität Hamburg **Prof. Dr. Dieter Lenzen** sowie die Dezernentin für Wirtschaft, Bauen und Umwelt des Bezirksamts Eimsbüttel **Birgit Fuhlendorf** haben heute im Rahmen einer Pressekonferenz das Ergebnis des Verfahrens zur Auftragsvergabe vorgestellt. Damit kann jetzt der Planungsauftrag vergeben werden. Den ersten Platz belegen Bez + Kock Architekten aus Stuttgart. Der Entwurf des Büros Max Dudler aus Berlin erreichte Platz zwei, der Beitrag des Hamburger Büros Schweger + Partner Architekten den dritten Platz.

„Mit der jetzt getroffenen Entscheidung ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur baulichen Modernisierung der Universität am Campus Bundesstraße erreicht“, so Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**. „Ich freue mich besonders, dass künftig auch die Informatik ihren Platz auf dem Campus finden wird. Der Siegerentwurf öffnet die Universität weiter in den Stadtteil und sorgt dafür, dass die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften künftig ein repräsentatives und modernes Gesicht auf dem Campus bekommt. Ich danke allen Beteiligten für ihr Engagement und die konstruktive und intensive Arbeit, in der die Entscheidung zustande gekommen ist.“

Prof. Jörn Walter, Oberbaudirektor der Freien und Hansestadt Hamburg: „Den Verfassern des 1. Preises ist ein Gebäudeensemble gelungen, das sich wie kein anderer Entwurf dem öffentlichen Raum an der Bundesstraße zuwendet. Das ist die Basis für eine Universität, die zu einem Teil von Eimsbüttel werden will. In heller steinerner Anmutung vermittelt das Gebäude zudem geschickt zwischen dem südlich gelegenen Putzfassaden der Gründerzeit und dem nördlich gelegenen Backsteinviertel aus den zwanziger Jahren.“

„Die Universität Hamburg und ihre Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften sind der Stadt Hamburg außerordentlich dankbar, dass nunmehr der Aufbau eines naturwissenschaftlichen Campus konkrete Formen annimmt. Dieser und das Engagement der Hansestadt zeigen, dass Investitionen in die Naturwissenschaften eine besondere Rolle spielen. Die Universität Hamburg freut sich auf die Umsetzung der Planung“, betonte **Prof. Dr. Dieter Lenzen**, Präsident der Universität Hamburg.

Birgit Fuhlendorf, Dezernentin für Wirtschaft, Bauen und Umwelt des Bezirksamts Eimsbüttel hob die Bedeutung der Entscheidung für den Stadtteil hervor: „Das Bezirksamt Eimsbüttel ist froh über die Erneuerung des Standortes der MIN-Fakultät an der Bundesstraße. Mit dem Entwurf der Architekten Bez + Kock erhalten wir einen überzeugenden Beitrag zur Öffnung der Universität in den Stadtteil. Durch die geschickte Platzbildung an der Ecke Sedanstraße/Bundesstraße, die Anordnung der öffentlichkeitswirksamen Nutzungen in den Erdgeschosszonen und das Bespielen des Außenraumes durch gastronomische Angebote wird die Universität besser wahrnehmbar und trägt zur Belebung des öffentlichen Raumes bei.“

Wesentliche Prüfkriterien für die Bewertung waren die Fassadengestaltung und Ausstrahlung in den öffentlichen Raum, die Funktionalität im Hinblick auf die unterschiedlichen Nutzungsarten sowie die Wirtschaftlichkeit der Planung. Mitglieder des Fachgremiums waren Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter, der Kanzler der Universität Hamburg Dr. Martin Hecht, der Dekan der MIN-Fakultät Prof. Dr. Heinrich Graener, Senatsdirektor Harald Datzer, die Dezernentin für Wirtschaft, Bauen und Umwelt des Bezirksamts Eimsbüttel Birgit Fuhlendorf, die Freie Architektin und Stadtplanerin Ingrid Spengler sowie Ewald Rowohlt, einer der Geschäftsführer der GMH Gebäudemanagement Hamburg GmbH.

Für die „Neubauten MIN-Forum und Informatik“ wurde nach Richtwertschätzungen auf Basis des Flächenprogramms zum städtebaulichen Wettbewerb ein Budget von rund 100 Mio. Euro veranschlagt. Im Rahmen des Budgets sollen zunächst zwei Baukörper an der Bundesstraße und an der Ecke Sedanstraße/Bundesstraße realisiert werden. Der im städtebaulichen Gesamtkonzept vorgesehene dritte Baukörper nördlich an der Sedanstraße soll im Zusammenhang mit der Modernisierung der Chemie in einem nächsten Bauschritt errichtet werden. Auf rund 17.800 qm steht jetzt an der Kreuzung von Sedanstraße und Bundesstraße die Realisierung zentraler Nutzungen an: die Bibliothek, die Mensa und neue zentrale Lehrflächen werden für diesen Hochschulstandort wichtige Impulse setzen und schon frühzeitig einen lebendigen Mittelpunkt schaffen. Hier werden außerdem Flächen geschaffen, um die zurzeit in Stellingen ansässige Informatik am Campus Bundesstraße zu integrieren. Partner bei der Realisierung der Baumaßnahmen wird die GMH Gebäudemanagement Hamburg GmbH, die die Gebäude errichten, finanzieren und anschließend an die Universität vermieten wird, deren Budget in Höhe der Mehrbelastungen aufgestockt wird.

Die Öffentliche Ergebnispräsentation im Rahmen des kommunikativen Begleitverfahrens wird am Dienstag, den 2. Juli 2013, um 19.00 Uhr in Hörsaal C der Chemie, Universität Hamburg, Martin-Luther-King-Platz 6, 20146 Hamburg, stattfinden.

Die Architektenentwürfe werden vom 3. bis 17. Juli 2013 im Eingangsbereich der Chemie, Martin-Luther-King-Platz, 20146 Hamburg, ausgestellt (Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von jeweils 8.00 bis 19.00 Uhr).

Hintergrund:

Der Hamburger Senat investiert in den kommenden Jahren umfassend in den Ausbau und die Modernisierung der Universität Hamburg am Standort in Eimsbüttel, um eine exzellente

wissenschaftliche Infrastruktur zu schaffen und den über Jahrzehnte entstandenen Sanierungs- und Modernisierungstau an den Hochschulen schrittweise abzubauen. Der Prozess startet am Campus Bundesstraße, da für die hier ansässigen universitären Einrichtungen und externen Institute Flächendefizite und ein hoher Sanierungsbedarf ermittelt wurden. Die künftige Entwicklung der Universität folgt dabei dem Leitbild einer in den Stadtteil integrierten Hochschule. Von besonderer Bedeutung sind eine weite Öffnung der Universität in den Stadtteil und die Vernetzung der einzelnen Campus-Standorte untereinander.

Die überarbeiteten Entwürfe der drei Preisträger stehen hier zum Download im Internet bereit:

<http://t.hh.de/4030322>

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322, E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Universität Hamburg

Referentin des Präsidenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Christiane Kuhrt

Tel. 040/42838-1804, E-Mail: christiane.kuhrt@uni-hamburg.de

Bezirksamt Eimsbüttel

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Aileen Röpcke

Tel. 040/42801-2053, E-Mail: aileen.roepcke@eimsbuettel.hamburg.de

26. Juni 2013/bwvi26

Zukunftsfähiges Gewerbeflächenmanagement

Analyse der Anforderungen an den Standort Hamburg

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation hat die Aufgabe, sich um die Bereitstellung geeigneter Gewerbeflächen zu kümmern. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Hamburg. Dass einem Stadtstaat wie Hamburg bei der Flächenverfügbarkeit Grenzen gesetzt sind, versteht sich von selbst. Die Kooperation mit der Metropolregion wird in Zukunft darum noch an Bedeutung gewinnen. Ein zukunftsfähiges Gewerbeflächenmanagement ist daher Grundvoraussetzung, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Basis ist eine von der BWVI in Auftrag gegebene Studie, die nun vorliegt. Sie wurde mit dem Ziel erstellt, eine differenzierte Darstellung über die aktuelle und künftige Gewerbeflächennachfrage für das Stadtgebiet Hamburg zu bekommen, die einen gemeinsamen Ausgangspunkt für die strategischen Überlegungen im Rahmen der Flächenpolitik bildet. Diese Ergebnisse sollen zudem den Basisinput sowie methodischen Voraussetzungen für die Einführung eines IT-unterstützten, operativen Gewerbeflächenmanagements liefern.

Die Entwicklung Hamburgs und seiner Wirtschaft war und ist in starkem Maße durch den Hafen geprägt. Im Vergleich mit den strukturellen Entwicklungstendenzen anderer Metropolen sind in Hamburg überdurchschnittlich stark die Bereiche Logistik und Industrie vertreten. Für die Industrie ist die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen deshalb weiterhin ein zentraler Standortfaktor. Dies gilt, auch wenn im Zuge des wissensbasierten Strukturwandels andere Faktoren, wie die Verfügbarkeit von Fachkräften und die technologische Leistungsfähigkeit, stärkeren Einfluss auf die Standortentscheidungen gewinnen. Mit rund 109.000 Arbeitsplätzen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ist Hamburg der dominierende Industriestandort in Norddeutschland. Gleichzeitig entwickelt sich der wissensbasierte Industriesektor und die Dienstleistungen. Das bildet sich insbesondere in den unterschiedlichen Clustern deutlich ab. Daraus ergibt sich zukünftig auch ein anderes Anforderungsprofil an Gewerbeflächen. Insbesondere diese Aspekte sind in der heute vorgelegten Studie genau analysiert und in einer praktisch anwendbaren Typologie zusammengefasst worden.

Senator Frank Horch sagt in diesem Zusammenhang: „Wir werden in der Zukunft ein zukunftsfähiges, steuerbares und praxisorientiertes Gewerbeflächenmanagement etablieren, das Hamburg ermöglicht, sich im Wettbewerb weiter zu behaupten. Wir wollen nicht mehr bloß nur reagieren, sondern strategisch und zielgerichtet Gewerbeflächen in der benötigten Quantität und Qualität entwickeln und zur Verfügung stellen. Das ist ein wichtiger Teil der Innovations- und Clusterstrategie des Senats.

In Zukunft können sowohl die quantitativen, als auch die qualitativen Aspekte des Gewerbeflächenbedarfs im Zeitverlauf bis 2025 eingeschätzt werden. Mit Hilfe der in der Studie identifizierten Standorttypen kann das Flächenangebot systematisch aufgenommen und bewertet werden. Der kontinuierliche Abgleich der Nachfrage mit dem Flächenangebot wird im Idealfall zu einer größtmöglichen quantitativen und qualitativen Übereinstimmung führen. Standorte und Flächen können so zielgruppen- und nachfrageorientiert entwickelt, profiliert und vermarktet werden.

In der Summe der genannten Aspekte liefert die vorgelegte Studie die notwendige Grundlage zum Aufbau eines strategischen Flächenmanagements und trägt zu einer verträglichen Stadtentwicklung aus der Kombination von Wohnen, Freizeit, Erholung, Arbeit und Gewerbe bei.

Die Studie ist abrufbar auf der Internetseite www.bwvi.hamburg.de

Rückfragen:

Susanne Meinecke

Pressesprecherin der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Telefon: 040 42841 2239

Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

S-Bahn Hamburg bekommt Zuschlag für den Verkehrsvertrag

Laufzeit von 2018 bis 2033 • Kosteneinsparung für die Aufgabenträger • DB investiert 327 Millionen Euro in 60 neue S-Bahn-Fahrzeuge

(Hamburg, 28. Juni 2013) Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg beauftragt die S-Bahn Hamburg GmbH, ab dem 9. Dezember 2018 für weitere fünfzehn Jahre die S-Bahn-Verkehrsleistung zu erbringen. Das bestätigten heute Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, und Dr. Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, im Hamburger Rathaus.

„Mit diesem Vertrag werden Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zukünftig zu deutlich verbesserten Konditionen mehr Leistung erhalten. Vor allem mit der Beschaffung von 60 neuen Fahrzeugen wird die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs in Hamburg weiter gesteigert“, sagte Bürgermeister Olaf Scholz. „Außerdem schaffen wir die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau des S-Bahn-Systems, weil die Bahn auf Wunsch der Länder zu definierten Konditionen weitere Fahrzeuge beschaffen wird“, so Scholz weiter.

Dr. Rüdiger Grube: „Ich freue mich, dass die S-Bahn Hamburg mit einer sehr guten Qualität und einer Pünktlichkeit von über 95 Prozent weiter an Attraktivität gewonnen und die Zahl der Fahrgäste kontinuierlich gesteigert hat. Wir haben ein wirtschaftliches Angebot vorgelegt und werden 450 Millionen Euro in Neufahrzeuge, das Redesign der vorhandenen Fahrzeuge und die Modernisierung der Werkstätten investieren. Auch künftig wird die S-Bahn Hamburg ausschließlich CO₂-frei erzeugte elektrische Energie aus deutschen Wasserkraftwerken einsetzen und so die Klimabilanz der S-Bahn und der Stadt Hamburg um rund 60.000 Tonnen des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid CO₂ pro Jahr verbessern.“

Die S-Bahn Hamburg GmbH hat für den Betrieb bei Bombardier Transportation 60 neue S-Bahn-Züge bestellt. Die Investitionssumme beläuft sich auf rund 327 Millionen Euro. Vier der neuen Triebzüge können als sogenannte Zweisystemfahrzeuge sowohl mit 1.200 Volt Gleichstrom als auch mit 16,7 Hertz Wechselstrom betrieben werden. Alle neuen Fahrzeuge sind mit Klimaanlage, Durchgängen zwischen den Wagen und modernen Systemen zur Fahrgastinformation ausgestattet.

Ein erster Einsatz der energiesparenden Neufahrzeuge ist im Rahmen eines ausgiebigen Probetriebs für das Jahr 2016 vorgesehen. Ab Ende 2018 ist der Einsatz aller 60 Neufahrzeuge im täglichen S-Bahn-Regelbetrieb geplant. Mit der Beschaffung dieser Fahrzeuge wird die S-Bahn Hamburg auch ihre Fahrzeugreserve erhöhen.

Vor dem Hintergrund möglicher Nachfragesteigerungen und Streckenausweitungen besteht außerdem eine Option auf die Beschaffung von bis zu 86 weiteren Neufahrzeugen.

Darüber hinaus werden auch die bereits vorhandenen 112 Fahrzeuge der Baureihe 474 mit Wagenübergängen und einem modernen Fahrgastinformationssystem ausgestattet.

Ein wichtiges Ziel des neuen Verkehrsvertrages ist es schließlich, den Wettbewerb zu fördern. Alle neuen Fahrzeuge werden nach Vertragsende 2033 zu definierten Konditionen an die Länder verkauft, falls die S-Bahn Hamburg GmbH nicht selbst den 2033 anschließenden Verkehrsvertrag gewinnen sollte. Allen Wettbewerbern stehen dann die benötigten Fahrzeuge zu gleichen Bedingungen zur Verfügung.

Egbert Meyer-Lovis
Sprecher
Hamburg/Schleswig-Holstein
Niedersachsen/Bremen
Tel. +49 (0) 40 3918-4498
Fax +49 (0) 69 265-36531
presse.h@deutschebahn.com
www.deutschebahn.com/presse

Jörg Schmoll,
Stellv. Senatssprecher
Tel. +49 (0) 40 428 31 22 42
Joerg.schmoll@sk.hamburg.de
www.hamburg.de/senatskanzlei

S-Bahn Hamburg bekommt Zuschlag für den Verkehrsvertrag

Laufzeit von 2018 bis 2033 • Kosteneinsparung für die Aufgabenträger • DB investiert 327 Millionen Euro in 60 neue S-Bahn-Fahrzeuge

(Hamburg, 28. Juni 2013) Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg beauftragt die S-Bahn Hamburg GmbH, ab dem 9. Dezember 2018 für weitere fünfzehn Jahre die S-Bahn-Verkehrsleistung zu erbringen. Das bestätigten heute Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, und Dr. Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, im Hamburger Rathaus.

„Mit diesem Vertrag werden Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zukünftig zu deutlich verbesserten Konditionen mehr Leistung erhalten. Vor allem mit der Beschaffung von 60 neuen Fahrzeugen wird die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs in Hamburg weiter gesteigert“, sagte Bürgermeister Olaf Scholz. „Außerdem schaffen wir die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau des S-Bahn-Systems, weil die Bahn auf Wunsch der Länder zu definierten Konditionen weitere Fahrzeuge beschaffen wird“, so Scholz weiter.

Dr. Rüdiger Grube: „Ich freue mich, dass die S-Bahn Hamburg mit einer sehr guten Qualität und einer Pünktlichkeit von über 95 Prozent weiter an Attraktivität gewonnen und die Zahl der Fahrgäste kontinuierlich gesteigert hat. Wir haben ein wirtschaftliches Angebot vorgelegt und werden 450 Millionen Euro in Neufahrzeuge, das Redesign der vorhandenen Fahrzeuge und die Modernisierung der Werkstätten investieren. Auch künftig wird die S-Bahn Hamburg ausschließlich CO₂-frei erzeugte elektrische Energie aus deutschen Wasserkraftwerken einsetzen und so die Klimabilanz der S-Bahn und der Stadt Hamburg um rund 60.000 Tonnen des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid CO₂ pro Jahr verbessern.“

Die S-Bahn Hamburg GmbH hat für den Betrieb bei Bombardier Transportation 60 neue S-Bahn-Züge bestellt. Die Investitionssumme beläuft sich auf rund 327 Millionen Euro. Vier der neuen Triebzüge können als sogenannte Zweisystemfahrzeuge sowohl mit 1.200 Volt Gleichstrom als auch mit 16,7 Hertz Wechselstrom betrieben werden. Alle neuen Fahrzeuge sind mit Klimaanlage, Durchgängen zwischen den Wagen und modernen Systemen zur Fahrgastinformation ausgestattet.

Ein erster Einsatz der energiesparenden Neufahrzeuge ist im Rahmen eines ausgiebigen Probetriebs für das Jahr 2016 vorgesehen. Ab Ende 2018 ist der Einsatz aller 60 Neufahrzeuge im täglichen S-Bahn-Regelbetrieb geplant. Mit der Beschaffung dieser Fahrzeuge wird die S-Bahn Hamburg auch ihre Fahrzeugreserve erhöhen.

Vor dem Hintergrund möglicher Nachfragesteigerungen und Streckenausweitungen besteht außerdem eine Option auf die Beschaffung von bis zu 86 weiteren Neufahrzeugen.

Darüber hinaus werden auch die bereits vorhandenen 112 Fahrzeuge der Baureihe 474 mit Wagenübergängen und einem modernen Fahrgastinformationssystem ausgestattet.

Ein wichtiges Ziel des neuen Verkehrsvertrages ist es schließlich, den Wettbewerb zu fördern. Alle neuen Fahrzeuge werden nach Vertragsende 2033 zu definierten Konditionen an die Länder verkauft, falls die S-Bahn Hamburg GmbH nicht selbst den 2033 anschließenden Verkehrsvertrag gewinnen sollte. Allen Wettbewerbern stehen dann die benötigten Fahrzeuge zu gleichen Bedingungen zur Verfügung.

Egbert Meyer-Lovis
Sprecher
Hamburg/Schleswig-Holstein
Niedersachsen/Bremen
Tel. +49 (0) 40 3918-4498
Fax +49 (0) 69 265-36531
presse.h@deutschebahn.com
www.deutschebahn.com/presse

Jörg Schmoll,
Stellv. Senatssprecher
Tel. +49 (0) 40 428 31 22 42
Joerg.schmoll@sk.hamburg.de
www.hamburg.de/senatskanzlei

25.06.2013/kb25

Staatsarchiv veröffentlicht Auswandererlisten der Jahrgänge 1850-1914 im Internet

Eine der beliebtesten Datenbanken für die Familienforschung erweitert zum 1. Juli ihr Angebot

Das Staatsarchiv macht sukzessive die Daten von rund sechs Millionen Menschen, die zwischen 1850 und 1934 über den Hamburger Hafen auswanderten, in einer Internet-Datenbank für die Forschung zugänglich. Nachdem bisher die Jahrgänge 1877 bis 1914 im Internet veröffentlicht wurden, werden zum 1. Juli die Jahrgänge 1850 bis 1876 online gestellt. Damit können nun alle Jahrgänge von 1850 bis 1914 mit insgesamt 4,6 Millionen Datensätzen im Internet eingesehen werden.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Über den Hamburger Hafen sind Millionen Europäer in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft ausgewandert. Das Staatsarchiv hält mit den Passagierlisten des Hamburger Hafens die Erinnerung an die Schicksale der Auswanderer lebendig. Mit der Veröffentlichung der Passagierlisten bietet das Staatsarchiv Historikern eine wichtige Grundlage für ihre Forschung und hilft vielen Familien, die Geschichte ihrer Vorfahren nachverfolgen zu können.“

Die Originallisten werden im Staatsarchiv Hamburg in 555 großformatigen Foliobänden aufbewahrt. Da von allen europäischen Überseehäfen nur die Passagierlisten für den Hamburger Hafen bis heute überliefert sind, handelt es sich um eine einmalige Quelle, die für geschichtliche und genealogische Forschungen besonders wertvoll ist. Die Listen enthalten die Daten der Auswanderer einschließlich Herkunftsort, Beruf und Auswanderungsziel und die Angaben zum Schiff, Reisedatum und Zielhafen. Dank dieser umfassenden Quelle können die Nachfahren von Auswanderern die Herkunftsorte und Lebensumstände ihrer Vorfahren ermitteln. Hat man die gesuchten Personen gefunden, lassen sich zudem die digitalisierten Originallisten online einsehen.

Beim Internetpartner des Staatsarchivs, Ancestry.de, dem weltweit größten Anbieter von Dienstleistungen für Familienforscher, ist die Hamburger Auswandererdatenbank eine der beliebtesten Quellen. Unter www.ancestry.de stehen jetzt in der Datenbank die Datensätze von über 4,6 Millionen Auswanderern aus den Jahren 1850 bis 1914 zur Verfügung. Die Datenbank kann im Lesesaal des Staatsarchivs auch kostenlos genutzt werden. Die nächste Onlinestellung mit den Jahrgängen 1920 bis 1923 und über 300.000 weiteren Datensätzen ist für den November 2013 geplant. Pro Jahr werden etwa 200.000 Besucher mit deutlich mehr als eine Million Seitenaufrufen gezählt.

Gefördert wird die Erfassung der Auswandererlisten als Modellprojekt zur beruflichen Integration von Schwerbehinderten durch das Integrationsamt der „Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration“, aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Zwischen neun und 25 vormals arbeitslose

Schwerbehinderte arbeiten seit 1999 in dem Modellprojekt. Zahlreiche dieser Beschäftigten konnten aufgrund der im Projekt erworbenen Qualifikation auf reguläre Arbeitsplätze wechseln.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

27.06.2013/kb27

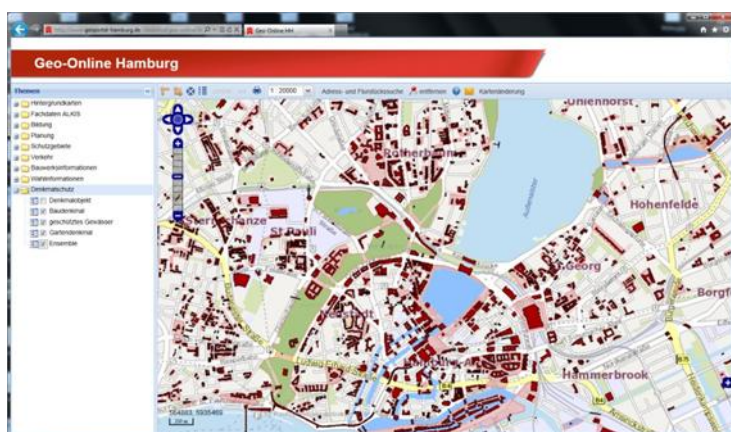
GeoPortal zeigt Hamburgs Denkmäler übersichtlich im Internet

Denkmäler online auf Karte verzeichnet

Erstmals sind jetzt alle denkmalgeschützten Objekte der Stadt auf einen Blick im Internet zu sehen unter <http://www.geoportal-hamburg.de/Geoportal/geo-online/index.html>. Die Karte ergänzt die nachrichtliche Denkmalliste, in der die Denkmäler nur als Adressen verzeichnet sind.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die neue Karte zeigt übersichtlich, wo Hamburgs Denkmäler zu finden sind. Das neue Angebot schärft das Bewusstsein für die Geschichte Hamburgs und hilft bei der digitalen Vernetzung mit anderen städtischen Planungsstellen.“

Bislang wurden die Denkmäler nur analog kartiert. Auf dem GeoPortal des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung sind neben zahlreichen anderen Geo-Informationen unter dem Thema „Denkmalschutz“ alle Bau- und Gartendenkmäler, Denkmalobjekte wie Standbilder und Freiplastiken, geschützte Wasserflächen und Ensembles verzeichnet. Damit haben Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die öffentliche Verwaltung die Möglichkeit, die Hamburger Denkmäler schnell und unkompliziert zu finden und in ihrem jeweiligen topografischen Zusammenhang zu sehen.



Rückfragen der Medien:

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt

Tel.: 040 / 428 24 – 707

E-Mail:

kristina.sassenscheidt@kb.hamburg.de

Enno Isermann, Pressestelle der

Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 1. Juli bis 12. Juli 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 01.07.2013

- 10:00** Handelskammer, Albert-Schäfer-Saal, Adolphsplatz 1
Bürgermeister Olaf Scholz hält im Rahmen der **Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Die Energiewende in Norddeutschland“** der Handelskammer Hamburg eine Rede.
- 17:00** Rathaus, Turmsaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt die Teilnehmerinnen und **Teilnehmer der ECPR-GIGA Summer School on Latin American Politics** zu einem Impulsreferat mit anschließender Diskussion.
- 17:00** Max-Planck-Institut, Mittelweg 187
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an der **Diskussionsrunde für ausländisches und internationales Privatrecht** teil.

Mittwoch, den 03.07.2013

- 10:00** Große Elbstraße 275
Senator Frank Horch besucht das **Unternehmen „Mar Dynamic“**.
- 13:30** Haus des Jugendrechts, Sailiering 42, 50677 Köln
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt mit der Lenkungsgruppe **„Handeln gegen Jugendgewalt“** an der Besichtigung der Kölner Einrichtung teil.
- 15:00** Generalkonsulat USA, Alsterufer 27/28
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung der Generalkonsulin der Vereinigten Staaten von Amerika, Imni Patterson, am **Empfang anlässlich des 237. Independence Day** teil und spricht ein Grußwort.
- 16:00** Staats- und Universitätsbibliothek, im Lichthof, Von-Melle-Park 3
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt verleiht den diesjährigen **Hamburger Lehrpreis der Freien und Hansestadt Hamburg**.

Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.

Donnerstag, den 04.07.2013

- ganztägig** LV Freistaat Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin
Senatorin Jutta Blankau nimmt an den **Umweltministerkonferenz-Verbandegesprächen** teil.
- 14:00** Berlin, Botschaft USA, Pariser Platz 2
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika, Philip D. Murphy, am **Empfang zum 237. Independence Day** teil.
- 18:30** Kompetenz- und Beratungszentrum, Brennerhof 121-123

Senator Frank Horch spricht beim „**Bauerntag Hamburg**“ ein Grußwort.

19:30 Berlin, American Academy, Am Sandwerder 17-19
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika, Philip D. Murphy, an der **Festveranstaltung zum 237. Independence Day** teil.

Freitag, den 05.07.2013

08:00 Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Pariser Platz 2, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz wird gemeinsam mit Ministerpräsidenten weiterer Länder von **Botschafter Philip D. Murphy zum Gespräch** empfangen.

09:30 Bundesrat, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Sitzung des Bundesrates** teil.

18:00 Rathaus, Phönixsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Senatempfangs für das International Board der Lions Clubs International** ein Grußwort.

Samstag, den 06.07.2013

10:00 Blumenhalle, igs-Gelände
Senatorin Jutta Blankau verleiht den **FHH-Ehrenpreis auf der Rosenschau**.

15:15 Eissporthalle Frankfurt, Am Bornheimer Hang 4, 60386 Frankfurt am Main
Senator Michael Neumann besucht das **Finale der Frauen-Rollstuhlbasketball-Europameisterschaft 2013**.

Sonntag, den 07.07.2013

10:00 o2 World, Sylvesterallee 10
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnungsveranstaltung der Lions Clubs International Convention** ein Grußwort.

11:00 Dritte Meile 4, Königsburg
Senator Michael Neumann besucht das **Schützenfest des Schützenvereins Fischbek und Umgegend von 1903 e.V.**

13:00 Horner Rennbahn, Rennbahnstraße 96, Pik König-Lounge auf der Rennbahn Hamburg-Horn
Senator Michael Neumann besucht das **Deutsche Derby und den Empfang des Hamburger Renn-Clubs e.V.**

Dienstag, den 09.07.2013

12:45 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt empfängt den **Premierminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Nikola Gruevski**.

Donnerstag, den 11.07.2013

ganztägig Braunschweig, Haus der Wissenschaften Braunschweig GmbH
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt am 11.07. und 12.07.2013 an den **Sitzungen des Wissenschaftsrates** teil.

Freitag, den 12.07.2013

12:00 Hotel Atlantic, An der Alster 72
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **französischen Nationalfeiertages** ein Grußwort.